

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Joachim Lenders, Dennis Gladiator,
Wolfhard Ploog, Karl-Heinz Warnholz, (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Enttäuschungen bei Nachwuchskräften im Strafvollzug vermeiden –
Selbst-Check-Fragebögen für Bewerber/-innen zur Verfügung stellen**

Hamburgs Verwaltung ist dringend auf qualifizierte Nachwuchskräfte angewiesen. Die Ausbildungskapazitäten sind erfreulicherweise in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren verstärkt worden, was auch dringend erforderlich ist, um die mit der Pensionierungswelle einhergehenden Verluste zu kompensieren und die bereits bestehenden Vakanzen zu besetzen.

Besonders gravierend stellt sich die Situation im Strafvollzug dar. Dort können aufgrund des Personalmangels regelmäßig Schichten nicht einmal mit der Mindest-Sollstärke besetzt werden, was sowohl zu massiven Belastungen für die Bediensteten als auch zu – eine gelingende Resozialisierung konterkarierenden – Leistungseinschränkungen für die Insassen führt. Der Druck wird sich durch das zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Resozialisierungs- und Opferhilfegesetz, das zusätzliche anspruchsvolle Aufgaben für die Bediensteten mit sich bringt, noch weiter verschärfen. Umso bedauerlicher ist es, dass das Ziel des Justizsenators, jährlich bis zu 120 Nachwuchskräfte einzustellen (Drs. 21/12087), wurde auch im Jahr 2018 verfehlt.

Es nützt aber auch nichts, Anwärter einzustellen, die ihre Ausbildung nach kurzer Zeit wieder abbrechen beziehungsweise aufgeben müssen, weil sie den Anforderungen des Strafvollzugs nicht gewachsen sind oder eine falsche Vorstellung vom Berufsbild hatten.

Wie die Antworten auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen Drs. 21/14767, 21/13714, 21/7890 und 21/5368 ergeben, bitten regelmäßig Anwärterinnen und Anwärter des Justizvollzugs um die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf; auch gibt es jährlich welche, die die Ausbildung aufgrund mangelnder Leistungen nicht beenden können.

Nachdem bei der Polizei Hamburg im vergangenen Jahr vermehrt Gespräche mit Anwärtern geführt wurden, weil die Nachwuchskräfte eine andere Vorstellung vom Polizeiberuf oder Probleme mit schwierigen Einsatzsituationen hatten, wurde reagiert: Die Einstellungsstelle der Polizei Hamburg geht nun neue Wege und bietet neben Infoveranstaltungen, individuellen Beratungen und einwöchigen Berufspraktika auf ihrer Homepage einen vierseitigen Selbst-Check-Fragebogen zum Berufsbild Polizei an, mit dem Bewerber vorab prüfen können, ob sie selbst der Ansicht sind, den Anforderungen des Berufsalltags gewachsen zu sein (<https://akademie-der-polizei.hamburg.de/contentblob/4558896/7fad17ab0473fd36224405f5f37d99d0/data/selbstcheck-fragebogen.pdf>).

Der Fragebogen bietet den potenziellen Bewerbern die Möglichkeit, sich nicht nur mit den eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen, sondern auch mit den vielfältigen anspruchsvollen Anforderungen und dem „Alltag eines Polizeibeamten“ im Rahmen der persönlichen Entscheidungsfindung vertieft auseinanderzusetzen.

Auch der Berufsalltag im Strafvollzug erfordert immer wieder ein hohes Maß an psychischen und physischen Kompetenzen der Bediensteten und auch hier müssen sich

die Bewerber über die Folgen des Schichtdienstes und dessen Auswirkungen im Klaren sein.

Insofern wäre ein entsprechender Self-Check-Fragebogen bei den Hinweisen zur Ausbildung im Justizvollzug auf der Homepage der Justizbehörde äußerst sinnvoll, um die Anzahl der Ausbildungsabbrecher zu reduzieren. Da die Justizbehörde ihren Bereich Öffentlichkeitsarbeit zum 1. Juni 2017 um zwei EG-13-Stellen aufgestockt hat, bestehen auch die Kapazitäten, dies kurzfristig in die Wege zu leiten.

Schließlich ist zu prüfen, inwiefern auch für die übrigen Ausbildungsberufe in der Hamburgischen Verwaltung entsprechende Fragebögen für interessierte junge Menschen sinnvoll sind. Wie aus der Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/14767 hervorgeht, gibt es beispielsweise auch in den Ausbildungslehrgängen zum Finanzwirt beziehungsweise Diplom-Finanzwirt nicht wenige Nachwuchskräfte, die ihre Ausbildung abbrechen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. nach dem Vorbild des Self-Check-Fragebogens der Polizei Hamburg durch die zuständige Behörde einen entsprechenden Fragenbogen zur Unterstützung der persönlichen Entscheidungsfindung interessierter junger Menschen zu entwerfen und diesen auf die Homepage der Justizbehörde zum Download bereitzustellen,
2. zu prüfen, ob derartige Self-Check-Fragebögen auch für weitere Ausbildungsberufe in der Hamburgischen Verwaltung sinnvoll sind und gegebenenfalls die Erstellung dieser zu veranlassen,
3. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2019 zu berichten.